

Steuern als Standortfaktor überschätzt

René L. Frey

Kolumne erschienen in Basler Zeitung, 17. November 2008
(leicht überarbeitet)

CREMA Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik No. 2008–06

Steuern als Standortfaktor überschätzt

Prof. Dr. René L. Frey

em. Ordinarius für Nationalökonomie an der Universität Basel

CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts

Kürzlich hat mich ein Journalist aus der Zentralschweiz angerufen und halb verwundert, halb vorwurfsvoll gefragt: «Wie kommen Sie als Ökonom und Steuerfachmann eigentlich dazu, in Basel zu wohnen, einer Stadt mit einer im schweizerischen Vergleich bekanntlich sehr hohen Steuerbelastung?»

Niemand zahlt gerne Steuern. Tiefe Einkommens- und Vermögensteuern für natürliche Personen und tiefe Ertrags- und Kapitalsteuern für juristische Personen werden daher meist ausgesprochen positiv bewertet und gelten als Standortvorteil. Diese Sicht ist grundsätzlich richtig, aber nur, wenn die anderen Standortfaktoren gleich sind. Diese Bedingung ist selten erfüllt, dies aus zwei Gründen.

- Wer in Basel wohnt und arbeitet, profitiert im Allgemeinen von tieferen Transportkosten als jemand, der draussen in der Agglomeration wohnt und im Zentrum arbeitet. Eine kleine Überschlagsrechnung zeigt, dass der Unterschied durchaus ins Gewicht fällt. Nehmen wir an, jemand arbeite an fünf Tagen pro Woche und gehe in der Freizeit zweimal ins Zentrum. Das ergibt 14 Fahrten. Wenn der zusätzliche Zeitaufwand pro Fahrt 15 Minuten beträgt, so ergibt dies pro Woche dreieinhalb Stunden und pro Jahr etwa 160 Stunden. Bei einem Jahreslohn von 100 000 Franken gelangt man auf «Zeitkosten» von rund 9000 Franken, bei einem höheren Lohn entsprechend mehr. Hinzu kommen höhere Billett- oder Benzinkosten. Auch strapazierte Nerven durch häufigeres Umsteigen oder Stau sind eine Art Kosten. Fazit: Wer zentrumsnah wohnt, kann es sich leisten, jährlich grössenordnungsmässig 10 000 Franken mehr an Steuern zu bezahlen, um gleichgestellt zu sein mit Kollegen aus der Agglomeration.
- Steuerbelastungsunterschiede werden kapitalisiert. Das heisst, was man an Steuern sparen kann, gibt man teilweise mehr für das Wohnen aus. Weil dies viele Leute tun, sind die Mietzinsen beziehungsweise Liegenschaftspreise für bezüglich Alter, Grösse, Ausbaustandard usw. gleichwertige Objekte in steuergünstigen Gemeinwesen höher als in solchen mit höheren Steuern – und umgekehrt. Empirische Untersuchungen haben diesen Zusammenhang auch für die Region Basel bestätigt.

Bedeutet das, dass sich eine Gemeinde oder ein Kanton nicht um die Steuerbelastung kümmern muss, weil Unterschiede über den Wohnungs- oder Häusermarkt ohnehin wieder ausgeglichen werden? Nein. Eine überdurchschnittliche Steuerbelastung – einen hohen «Steuerpreis» – können sich nur Gemeinwesen leisten, die günstig gelegen sind und viel zu bieten haben. Ein Blick ins Statistische Jahrbuch der Schweiz zeigt zum Beispiel für Basel-Stadt und das Jahr 2006 einen Gesamtindex von 115,4 und für Basel-Landschaft einen solchen von 96,2. Das bedeutet, dass die durchschnittliche Steuerbelastung im Stadtkanton etwa 15 Prozent über dem schweizerischen Mittel liegt und jene von Baselland etwa 4 Prozent darunter. Dies ergibt eine Differenz von rund 20 Prozent zugunsten des Landkantons, wobei diese Differenz je nach Gemeinde noch höher, aber auch tiefer ausfallen kann.

Bezüglich Steuerbelastung schneidet Basel-Stadt gegenüber seinem Nachbarkanton somit schlecht ab. Doch auch die Gegenleistungen, die die Bürger und Steuerzahler von ihrem Gemeinwesen erhalten, sind unterschiedlich. Leider sind diese anderen Standortfaktoren – die Vielfalt und die Qualität der öffentlichen Leistungen – kaum zu quantifizieren. Entsprechend schlecht sind sie zu vergleichen. Insbesondere können sie nicht in einer einzigen, leicht zu eruiierenden Zahl ausgedrückt werden. Steuerbelastungsindizes kommt daher die Rolle von Ersatzindikatoren zu: Tiefe Steuersätze werden unbewusst als Zeichen interpretiert, dass ein Gemeinwesen effizient arbeitet und seine Finanzen im Griff hat. Personen, die einen neuen Wohnort, und Unternehmungen, die einen neuen Standort suchen, orientieren sich gerne an solchen Hilfsgrössen. Unter diesem Gesichtspunkt lohnt es sich für Kantone und Gemeinden, sich um eine tiefe Steuerbelastung zu bemühen.

Meine Überlegungen zeigen mir und dem eingangs zitierten Innerschweizer Journalisten, dass ich nicht verrückt bin, weil ich in Basel wohne. Selbstverständlich können Personen mit anderen Ansprüchen an ihren Wohnort und an die staatlichen Dienstleistungen zu anderen Ergebnissen gelangen.